

Diese Zeitung erscheint jede Woche Samstags. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Stellen-Anzeigen die 3 gepaltete Kolonial-Zeile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Weyh. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, 3. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Requiescat!

Wer den wucht'gen Hammer schwingt;  
Wer im Felde mäht die Lehren;  
Wer ins Mark der Erde dringt,  
Weib und Kinder zu ernähren;  
Wer stroman den Nachen zieht;  
Wer bei Bock und Berg und Flachs  
Hinterm Pfluge sich mäht,  
Daß sein blonder Junger wachse: —

Jedem Ehre, jedem Preis!  
Ehre jeder Handvoll Schwiele!  
Ehre jedem Tropfen Schweiß,  
Der in Säulen fällt und Mähten!  
Ehre jeder nassen Stirn  
Hinterm Pfluge! — Doch auch dessen,  
Der mit Schädel und mit Hirn  
Hungern pflügt, sei nicht vergessen!

Ob in enger Bäckerei  
Dunst und Moder ihn umstäube;  
Ob er Sack' der Messe sei,  
Lieber oder Dramen schreibe;  
Ob er um verruchten Lohn  
Fremden Ungeßmack vertiere;  
Ob er in gelehrter Fron  
Griechisch und Latein bojiere: —

Er auch ist ein Proletar!  
Ihm auch heißt es: „Darbe! borge!“  
Ihm auch bleicht das dunke Haar,  
Ihm auch hegt ins Grab die Sorge!  
Mit dem Zwange, mit der Not  
Wie die andern muß er ringen,  
Und der Kinder Schrei nach Brot  
Lähmt auch ihm die freien Schwingen!

Manchen hab' ich so gekannt!  
Nach den Wolken flog sein Streben: —  
Tief im Staube von der Hand  
In den Mund doch muß' er leben!  
Eingepfercht und eingeborn,  
Acht' er zwischen Lär und Angel;  
Der Bedarf hat ihn gepornt,  
Und gepeitscht hat ihn der Mangel.

Lang jetzt ruht er unterm Rain,  
Drauf im Gras die Winde wühlen;  
Ohne Kreuz und ohne Stein  
Schläft er aus auf seinen Pflügen.  
Notgewinten Angeßichts  
Iret sein Weib und irtet sein Samen  
Beitlerkinder erben nichts  
Als des Vaters reinen Namen!

Ruhm und Ehre jedem Fleiß!  
Ehre jeder Handvoll Schwiele!  
Ehre jedem Tropfen Schweiß,  
Der in Säulen fällt und Mähten!  
Ehre jeder nassen Stirn  
Hinterm Pfluge! — Doch auch dessen,  
Der mit Schädel und mit Hirn  
Hungern pflügt, sei nicht vergessen.

Ferd. Freiligrath.

### Arbeit und Kapital.

I.

#### Die Elemente der Arbeit.

Was ist Arbeit? Mancher Leser des „Proletariers“ wird die Frage überflüssig finden, weil ja jeder Arbeiter sie ohne weiteres für sich beantworten kann. Wir stellen die Frage aber nicht vom Standpunkt des einzelnen Berufsarbeiters, sondern ganz allgemein, unter dem Gesichtswinkel eines sozialen Problems. Darum, und um das Verständnis für unsere späteren Darlegungen zu erleichtern, halten wir eine kurze Umschreibung des Begriffs „arbeiten“ für notwendig. Jede körperliche oder (und) geistige Betätigung, die direkt oder indirekt auf eine Vermehrung der Lebensgüter hinzielt, ist Arbeit. Die Lebensgüter können materieller oder ideeller Natur sein. Wer Ziegel backt, Zucker siedet, Zement, chemische Erzeugnisse produziert, arbeitet; wer ein Hufeisen schmiedet, einen Schlüssel feilt, ein Haus baut, leistet Arbeit; es arbeiten aber auch die Ingenieure und Techniker, die neue Arbeitsmethoden erfinden, Zeichnungen anfertigen, die Betriebe leiten; Arbeit verrichtet auch der Kaufmann, der die Preise kalkuliert, Aufträge sammelt und für den Absatz der Erzeugnisse der Arbeit sorgt. Das Zusammenwirken aller ist erforderlich, um Lebensgüter hervorzubringen und sie an die Konsumenten zu verteilen. Eine Vermehrung der Lebensgüter steht aber auch in der Tätigkeit der Gelehrten und Lehrer, die die menschliche Wissenschaft vom Sein und Wesen alles Bestehenden erweitern und diese Kenntnis den Lernenden übermitteln. Der Komponist, der ein Tonwerk setzt, wie auch der Musiker, der es den Hörern zum Bewußtsein bringt, Dichter und Schauspieler, Maler und Bildhauer, sie alle arbeiten: ihre Tätigkeit bezweckt eine Steigerung und Verweigerung unserer ideellen Lebensgüter.

Natürlich ist nicht alle Arbeit gleich wertvoll, manche ist in ihrer Wirkung sogar schädlich. Doch, uns über den Grad der Nützlichkeit der Arbeit einzelner Menschen oder Gruppen zu unterhalten; entspricht nicht dem Zweck der vorliegenden Arbeit. Notwendig ist nur noch, darauf hinzuweisen, daß nicht jede Anstrengung Arbeit ist. Wenn z. B. zwei Menschen über Land gehen, sagen wir, ein Rentier und ein Briefträger, der erstere, um sich die Zeit zu vertreiben und durch Laufen seine Verdauung zu befördern, der zweite, weil ihn sein Beruf dazu zwingt, weil er Briefe und Pakete austragen muß, dann leistet der Rentier, obwohl er sich der gleichen körperlichen Anstrengung unterwirft wie der Briefträger, keine Arbeit in unserm Sinne. Der Briefträger dagegen arbeitet; sein Laufen hat den Zweck, gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen. Eine ganz scharfe Absteckung der Grenzen für das, was Arbeit ist oder nicht, ist wiederum nicht möglich. Der Zweck der Aufgabe, die wir uns gestellt haben, macht eine nähere Untersuchung über diesen Punkt auch nicht erforderlich. Wie schon die Ueberschrift unsers Aufsatzes folgern läßt, kommt es hier lediglich darauf an, die begrifflichen Unterscheidungen zwischen Arbeit und Kapital zu formulieren. Die Umgrenzung des Begriffs „Arbeit“, wie wir sie im vorstehenden gegeben haben, dürfte für unsere Aufgabe genügen. Nebenbei haben unsere Leser jedenfalls aber auch schon erkannt, daß die Antwort auf die Frage: was ist Arbeit? nicht so einfach ist, daß die eine Frage eine ganze Reihe von Fragen aufrollt, deren Beantwortung wiederum von den verschiedensten Voraussetzungen erfolgen kann, erfolgen muß, will man eine erschöpfende Darlegung über den Begriff „Arbeit“ geben.

Im Verfolge unserer Arbeit kommen wir zu einer zweiten Frage: Welches sind die Elemente der Arbeit? Die Beantwortung auch dieser Frage erscheint auf den ersten Blick äußerst einfach. Aber, wie die erste Frage, erfordert auch diese eine etwas nähere Umschreibung. Gehen wir auf die primitive Wirtschaft zurück, setzen wir mit der Untersuchung dort ein, wo die Arbeit den Zweck hatte, die Bedürfnisse eines bestimmten Personenzweiges zu befriedigen. Solchen Arbeitszweck finden wir z. B. in der sogenannten Hauswirtschaft. Innerhalb dieser wurden nur solche Güter erzeugt, die in ihr von ihrer Personengemeinschaft konsumiert wurden. Man dachte nicht daran, etwas zu produzieren, um es zu verkaufen, es war auch niemand da, der etwas kaufen konnte oder wollte. Jeder produzierte nur das, was er selbst oder ein anderes Mitglied der Gemeinschaft konsumieren wollte, es wurden nur Gebrauchsgüter, keine Waren hergestellt. Und die Elemente für die Hervorbringung von Gebrauchsgütern waren: 1. Arbeitskraft, 2. der Grund und Boden, sowie die von ihm gewonnenen Rohprodukte, als da sind: Kohle, Erze, Holz, Pflanzenfasern usw., 3. Werkzeuge und dergleichen Hilfsmittel. Die beiden erstgenannten sind die Grundelemente; das dritte ist aus dem zweiten hervorgegangen. Die Arbeitskraft der Menschen hat es geschaffen zur Unterstützung der erforderlichen körperlichen Arbeit. Teilweise bringt die Natur Lebensgüter hervor: Genießbare Früchte der Felder, Wild, Fische usw. Die menschliche Arbeit beschränkt sich auf die Ernte. Um diese zu erleichtern, ersann der durch Anschauung geschärfte Geist Pfeil und Bogen, Netz und Angel. Im Laufe der Jahrtausende lernte dann der Mensch die natürliche Gütererzeugung künstlich beeinflussen. Er tauschte der Natur Geheimnisse ab, steigerte den Ertrag des Bodens durch systematische Bearbeitung, Weiden, Anpflanzen, künstliches Bewässern, Düngen usw. Und wie der Mensch es verstand, dem Boden reichere Erträge abzutragen, lernte er auch durch planmäßige Züchtung und Paarung von Tieren seine Ernährung von den Zufällen des Jagdertrags unabhängig zu machen. Er zähmte Tiere, nicht nur, um von ihnen Milch, Eier und Fleisch zur Versorgung seiner Rinder zu gewinnen; Ochsen, Pferde, Hunde usw. mußten ihm dienstbar sein. Er mußte sie als Zugtiere, um seine eigene physische Arbeitskraft schonen zu können.

Und wie in bezug auf die Gewinnung von direkten Lebensmitteln gelang es den Menschen auch, durch Verbesserung der Werkzeuge die Produktion von Gebrauchsgütern zu steigern. Die wohlthätige Macht des Feuers ließ die Menschen den Stein als Hammer und Meißel ersetzen durch eiserne Gerätschaften. Das Spinnrad bedeutet eine Revolution, die Dampfmaschine eine neue, der Webstuhl revolutioniert weiter, den gleichen Weg geht die Spinnmaschine, die die Arbeit von 100 Spinnrädern leistet. Das Fell der Tiere als menschliches Kleid wurde verdrängt vom gewebten und gesponnenen Bekleidungsstoffe; aus dem primitiven Gehel wurde im Laufe der Entwicklung die moderne Kraft- und Arbeitsmaschine, die als Wunderwerk der Technik die Produktivität der menschlichen Arbeit verzehnfacht, vertausendfacht. Aber bei all dieser Revolutionisierung und Entwicklung handelt es sich im Sinne unserer Untersuchung nur um quantitative Unterschiede, nicht um eine grundsätzliche Veränderung der Elemente der Arbeit. Diese sind heute dieselben wie

früher: Grund und Boden, menschliche Arbeitskraft, Werkzeuge und andre Hilfsmittel (die Ausnutzung der Arbeitskraft der Tiere, als Dienerinnen der Menschen, rechnen wir zu den Hilfsmitteln). Die Veränderung in der Qualität der Werkzeuge und Hilfsmittel die quantitative Veränderung im Ertrage der Arbeit herbeiführt. Die Feststellung, daß kein neues sachliches Arbeitsmittel hinzugekommen ist, muß ganz besonders für unsere späteren Darlegungen im Auge behalten werden. Wir wollen daher noch in anderer Form das formulieren, was wir im vorstehenden bewiesen haben: Zu allen Zeiten waren für die Gütererzeugung erforderlich: Grund und Boden, physische Arbeitskraft, Werkzeuge und sonstige Hilfsmittel. Die Qualität der Werkzeuge und sonstigen Hilfsmittel bestimmt den Grad des Ertrags der Arbeit. Die heutige Gütererzeugung ist in ihrem Resultate gebunden an die aufgezählten Elemente der Arbeit, ein neues sachliches Arbeitsmittel ist nicht notwendig und nicht hinzugekommen.

Gehen wir zu der Frage übergehen: was ist Kapital und welche Funktionen übt es im Produktionsprozeß aus? sei erst noch die Frage aufgeworfen: Welchen Zweck hat die Arbeit? Wie sich nachher ergeben wird, ist auch diese Frage und deren Beantwortung nicht überflüssig. Der Zweck der Arbeit, vom Standpunkt der Konsumenten beurteilt, ist der: menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, das Leben möglichst angenehm zu gestalten, das Wohlbefinden zu befördern, die Gefahren, die Leben und Gesundheit bedrohen, unwirksam zu machen oder doch wenigstens herabzumindern.

In der Hauswirtschaft von ehemals tritt dieser Zweck der Arbeit ja auch sinnfällig in die Erscheinung. Es wurden nur solche Arbeiten geleistet, die dazu dienten, persönliche Bedürfnisse zu befriedigen (Nahrungsmittel, Gebrauchsgegenstände). Im weiteren beschränkte man sich darauf, durch Bau von Wohnungen, Umzäunungen usw. sich vor den Einwirkungen des Wetters und vor den Angriffen wilder Tiere oder feindlicher Volksstämme zu sichern. Heute unter der Herrschaft des Kapitals, ist es vielfach anders. Früher ließ man wohl Lebensmittel verkaufen und verderben, wenn man zuviel hatte, wenn sie eben nicht konsumiert werden konnten; jetzt aber kommt es häufig vor, daß man Früchte vernichtet, nicht weil es überhaupt zuviel davon gibt, sondern nur darum, damit der Verkaufspreis nicht sinke. Aus demselben Grunde läßt man unter der kapitalistischen Herrschaft vielfach Maschinen still stehen, hindert die Menschen, zu arbeiten, obwohl ihre Bedürfnisse bei weitem nicht befriedigt sind. Von der Ansumme der nicht nur nutzlosen sondern kulturfeindlichen und schädlichen Arbeiten für den Militarismus, zur Niederdrückung der modernen Arbeiterbewegung usw. wollen wir hier erst gar nicht reden. Jedenfalls ist zu erkennen, daß im modernen Wirtschaftsleben ein Faktor mitbestimmend geworden ist, der dem natürlichen Zweck der Arbeit feindlich gegenüber steht, der der Befriedigung der Bedürfnisse hinderlich ist und selbst zu Arbeiten zwingt, die in ihren Zwecken auf Störung des Wohlbefindens, auf Untergrabung der menschlichen Gesundheit, ja sogar auf Zerstörung von Menschenleben und menschlicher Arbeit hinzielen. Auf das Wesen dieses Faktors kommen wir im nächsten Artikel zu sprechen.

### Preussisches.

Aus dem preussischen Reichstagen ist allerhand Erbauliches zu berichten. Am 9. Juni standen zwei Interpellationen, eingebracht von den Konservativen und den Liberalen, zur Verhandlung, die sich beide gegen die „Vorratens-Engländer“ in ein Rundschreiben des Papstes an die Bischöfe richteten. In diesem Rundschreiben sagt der Papst seinen christlichen Glaubensbrüdern evangelischer Konfession allerhand unchristliche Tadelswürdigkeiten. Von den sogenannten Reformatoren heißt es, sie seien „hochmütige und rebellische Männer viehischen Sinnes, deren Gott der Bauch ist“, gewiesen, die „die Rebellion und Apostasie (Vossagung von der Kirche) in moderner Zeit“ vorbereitet haben. Gegen diese eigenartigen Beweise christlicher Liebe und Duldsamkeit empörte sich „das evangelische Volk“. Das war unsehr Erachtens recht überflüssig. Daß die katholische Kirche durchweg so und noch schärfer über die Reformation urteilt, ist bekannt; was soll der Entrüstungskrummel, wenn das Oberhaupt diese Kirche den Mut besitzt, dieses Urteil in den der Kirche üblichen Ausdrucksformen öffentlich bekannt zu geben? Die Evangelischen mögen kontra schimpfen — sie können das sehr gut — und der Streit ist erledigt. Das ist ein rein häuslicher Streit, der mit Politik direkt wenig zu tun hat. Und wer etwa dazu verurteilt wird in diesem Streit das Urteil zu fällen, wird nicht anders sagen können, als was seine in der „Disputation“ die Königin sagen läßt:

„Es will mich nicht bedünken, als ob der Radt und der Radt, als ob sie beide stinken.“

Aber gewisse politische Parteien brauchen eine Reparatur ihres ramponierten Ansehens und glauben, ein Feldzug gegen Rom könnte hier helfen. Nun lebt aber der evangelisch-konservative Junter mit der katholischen Zentrumsmad augenblicklich in wilder Ege und fürchtet die Verweigerung der ehelichen Günstbezeugungen, wenn er dem schimpflichen Vater der Maid in die Haare fährt. Er verabschiedet deshalb mit seiner Maid einen Scheinkrieg. Parlamentarisch ging die Sache dann so: Die Konservativen interpellieren, mitten in die Entrüstung ob der Verletzung ihres teuren evangelischen Glaubens und das Zentrum geht dazwischen vor die Tür und denkt, was Flora Deß über ihren Hammerstein sagt: Kommodianten seid ihr doch alle! Die Liberalen wird gestattet, ein klein wenig mitzuschimpfen; dann

beantragt und beschließt die Konserbative Partei, daß die Entrüstung ausdauern soll, das Zentrum erscheint wieder und

Der Haas und die Grete umarmen sich gleich; Sie freuen sich über den gelungenen Streich.

Dann beschloß sich das „hohe Haus“ mit einer allerhöchsten Lohnbewegung. Wilhelm II. kommt angeblich mit seinen bisherigen Lehren als König von Preußen nicht aus. Nun treten wir im allgemeinen bei Lohnbewegungen immer auf die Seite des oder der

Als im Vorjahre im Reich die Sozialdemokraten eine Erhöhung der Soldatenlöhne von 22 auf 30 Pf. pro Tag beantragten, hatte die Regierung kein Geld — als die armen Büdholzproleten um Entschädigung petitionierten, hatte die Regierung kein Geld — für die arbeitslosen Tabakarbeiter, die nach Erhöhung der 4 Millionen noch übrig blieben, hat die Regierung kein Geld — für die Erhöhung der Zammernlöhne der Eisenbahnarbeiter hat Preußen kein Geld — für Weichmachung guter Schulen und ausreichende Bezahlung der Lehrer hat Preußen kein Geld — für Erweiterung der Gewerbeinspektion hat Preußen kein Geld — für Kulturaufgaben ist wieder im Reich noch in Preußen Geld da, aber bei der Erhöhung der Bezüge des Königs fand kein einziger bürgerlicher Abgeordneter den Mut, nach dem Gelde auch nur zu fragen.

### Zum Verbandstag.

Die bis jetzt im „Proletarier“ gepflogene Diskussion über den nächsten Verbandstag behandelt in der Hauptsache die Beitragsleistung und die damit verbundene Erwerbslosenunterstützung. Dabei werden mancherlei Vorschläge gemacht, um die Rechte und Pflichten der Mitglieder in Einklang zu bringen. Auch ich bin der Ansicht, daß eine Aenderung eintreten muß. Eine allgemeine Beitragserhöhung halte ich aber für verfehlt, denn wir haben noch große Gebiete zu bearbeiten, wofür die Arbeiter zu niedrig entlohnt werden, daß es ihnen schwer fällt, den 10-Pf.-Beitrag zu leisten. Auch hat sich der 10-Pf.-Beitrag und die damit verbundene Unterstützung bewährt. Anders ist es mit dem in München eingeführten 50-Pf.-Beitrag und den damit verbundenen höheren Unterstützungsätzen, die mit den 10 Pf. Mehrbeitrag aber auch garnicht in Einklang zu bringen sind. Hier ist eine Aenderung dringend notwendig. Jeder einschlägige Vorschlag muß gegeben, daß dieselben Unterstützungsätze bei 50 Pf. Beitrag nicht auf die Dauer weiter gegahlt werden dürfen.

Ich bin der Ansicht, daß die Kollegen, welche die höhere Unterstützung weiter genießen wollen, auch die hierzu notwendigen Mittel aufbringen können und müssen. Da, wie schon gesagt, der 10-Pf.-Beitrag sich bewährt hat, ist es das Beste, wenn dieser Beitrag bestehen bleibt und dann eine Staffelung folgt. Und zwar bleibt auch der 50-Pf.-Beitrag, aber die Unterstützungsätze müssen folgendermaßen reduziert werden: nach 52 Wochen Beitragsleistung pro Tag 1,10 Mk auf 1 Woche, steigend um jährlich 10 Pf. bis zum Höchstbeitrag von 1,80 Mk pro Tag auf die Dauer von 8 Wochen.

Es ist mir sehr lieb, daß die Kollegen, welche die höhere Unterstützung weiter genießen wollen, auch die hierzu notwendigen Mittel aufbringen können und müssen. Da, wie schon gesagt, der 10-Pf.-Beitrag sich bewährt hat, ist es das Beste, wenn dieser Beitrag bestehen bleibt und dann eine Staffelung folgt. Und zwar bleibt auch der 50-Pf.-Beitrag, aber die Unterstützungsätze müssen folgendermaßen reduziert werden: nach 52 Wochen Beitragsleistung pro Tag 1,10 Mk auf 1 Woche, steigend um jährlich 10 Pf. bis zum Höchstbeitrag von 1,80 Mk pro Tag auf die Dauer von 8 Wochen.

Ludwig Werner, Dresden.

Der Vorschlag des Kollegen Lewin, die Mitglieder als Saisonarbeiter zu betrachten und die Arbeitslosenunterstützung in Bezug zu bringen, halte ich für nicht gut angebracht. Es wird nach Kollegen Berg, Gumbert, geschrieben: „In Betreff der Arbeitslosen ist um so mehr Sorge zu nehmen, als die großen Gewerkschaften der Bewegung zu gewinnen.“ Durch die Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung würde die größte Sorge nicht mehr sein. Wären die Beiträge für künftige unannehmligen Mitglieder um 10 Pf. erhöht, würde die Mitgliederzahl sich nicht so sehr vermindern. Es würde bei dem Tag sein, die Beiträge zu erhöhen, um die Unterstützungen nach Staffeln zu stellen.

Es ist mir sehr lieb, daß die Kollegen, welche die höhere Unterstützung weiter genießen wollen, auch die hierzu notwendigen Mittel aufbringen können und müssen. Da, wie schon gesagt, der 10-Pf.-Beitrag sich bewährt hat, ist es das Beste, wenn dieser Beitrag bestehen bleibt und dann eine Staffelung folgt. Und zwar bleibt auch der 50-Pf.-Beitrag, aber die Unterstützungsätze müssen folgendermaßen reduziert werden: nach 52 Wochen Beitragsleistung pro Tag 1,10 Mk auf 1 Woche, steigend um jährlich 10 Pf. bis zum Höchstbeitrag von 1,80 Mk pro Tag auf die Dauer von 8 Wochen.

Ludwig Werner, Dresden.

Die ganze Lage der Kollegen ist nun bereits bekannt. In dem nächsten Verbandstag werden wir uns mit dem Kollegen Lewin über die Arbeitslosenunterstützung auseinandersetzen. Es wird nach Kollegen Berg, Gumbert, geschrieben: „In Betreff der Arbeitslosen ist um so mehr Sorge zu nehmen, als die großen Gewerkschaften der Bewegung zu gewinnen.“ Durch die Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung würde die größte Sorge nicht mehr sein. Wären die Beiträge für künftige unannehmligen Mitglieder um 10 Pf. erhöht, würde die Mitgliederzahl sich nicht so sehr vermindern. Es würde bei dem Tag sein, die Beiträge zu erhöhen, um die Unterstützungen nach Staffeln zu stellen.

Bezirken. Fröst doch schon die höhere Wohnungsmiete den Mehrverdienst oft vollständig auf, so daß zum Leben genau nicht mehr und wegen teurer Lebensmittel zeige sogar noch weniger übrig bleibt als in Gegenden mit geringem Verdienst. Wollten wir einmal einen Kollegen aus Freivalbau mit 15 Mk. Wochenverdienst nach Mannheim oder nach einer anderen Großstadt versetzen mit einem Verdienst von 20 Mk. — er hätte keine Ursache, sich über diese 5 Mk. Mehrverdienst zu freuen. Sollte der Stellung näher getreten werden, so münte es nur gehen, indem die Stellung innerhalb eines Industriegebietes eingeführt würde. Die Folge würde dann sein, daß eine große Anzahl Mitglieder sich von den höheren Beiträgen drücken würde. Staffelleistungen auf dieser Grundlage würden nur neue Streitigkeiten in unsere Organisation bringen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß bei einer allgemeinen Beitragssteigerung die Gewinnung neuer Mitglieder erschwert wird, ebenso ist zu erwarten, daß manch junges Mitglied verloren geht, aber diese Gefahr hat jedesmal vorgelegen, sobald sich eine Beitragssteigerung notwendig machte. Und jedesmal ist sie aber auch überwunden worden.

Einen „Kaiserchnitt“ will Kollege Hrens riskieren, indem er die Krankenunterstützung auf die Hälfte herabsetzen will. Nun haben sich aber unsere jetzigen Unterstützungsätze so eingebildet, daß es ein verheißenes Experiment wäre, würde der Verbandstag so beschließen. Der Widerstand der Mitgliedschaft würde jedenfalls größer sein als bei allgemeiner Erhöhung der Beiträge. Es ist selbstverständlich, daß die Unterstützungsätze bei dem 50-Pfennigbeitrag nicht bestehen können, aber die Neugliederung darf nur mäßig sein. Bei einer Beitragssteigerung von 5 Pf., wie Kollege Lewin vorschlägt, würde wohl eine Mehreinnahme von circa 300 000 Mk. herauskommen, dabei müssen wir aber bedenken, daß, wenn die jetzigen Sätze bei dem 50-Pfennigbeitrag bestehen bleiben, der größte Teil davon wieder fließen geht. Vom 1. Oktober vorigen Jahres ab sind erst die erhöhten Sätze für Erwerbslosenunterstützung zur Auszahlung gekommen; nur ein geringer Teil der Mitglieder hat im Anfang den erhöhten Beitrag geleistet, und doch sind die Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung loslosal gestiegen und laufend wird das weit mehr der Fall sein, so daß dieser 5-Pfennigbeitrag den Verband auch nicht genügend stärken kann.

Aber um den verdienstlosen Klassen gerecht zu werden und um den alten Mitgliedern ihre schon erworbenen Rechte nicht zu rauben, wäre es empfehlenswert, die freiwillige Beitragsleistung in drei Klassen einzuführen: erste Klasse 40 Pf., zweite Klasse 50 Pf., dritte Klasse 60 Pf. Die Unterstützungsätze beginnen bei Arbeitslosigkeit bei dem 40-Pfennigbeitrag mit 1,20 Mk. pro Tag nach 52 Wochen, bei dem 50-Pfennigbeitrag mit 1,30 Mk. pro Tag nach 52 Wochen, bei dem 60-Pfennigbeitrag mit 1,40 Mk. pro Tag nach 52 Wochen und steigert sich jedes Jahr um 20 Pf. pro Tag bis zu 6 Jahren. Die Bezugsdauer darf sich aber nur um 6 Tage jedes Jahr erhöhen bis zur Höchstdauer von 42 Tagen.

Die Unterstützungsätze beginnen bei Krankheit bei dem 40-Pfennigbeitrag mit 1 Mk. pro Tag nach 52 Wochen, bei dem 50-Pfennigbeitrag mit 1,10 Mk. pro Tag nach 52 Wochen, bei dem 60-Pfennigbeitrag mit 1,20 Mk. pro Tag nach 52 Wochen und steigert sich jedes Jahr um 10 Pf. pro Tag bis zu 8 Jahren und jedes Jahr um 6 Tage bis zur Höchstdauer von 60 Tagen. Würde der Verbandstag nach diesen Vorschlägen beschließen, so würde so ziemlich nach allen Seiten hin wenig Widerstand zu erwarten sein.

Bemerken will ich noch, daß bei der Auszahlung einzig und allein die Tage in Betracht kommen, die ein Mitglied zu erhalten hat. Hat ein Mitglied zum Beispiel 42 Tage Arbeitslosenunterstützung erhalten und wird krank, so kann es, wenn es die nötigen Krankentage hat, noch den Rest bis zu 60 Tagen, also 18 Tage Krankenunterstützung beziehen. Gegenwärtig wird es verweigert gehandhabt; entweder die Gesamtheit der Unterstützung ist maßgebend oder die Unterstützungsätze. Gelten nur die Unterstützungsätze, so ist eine genauere Auszahlung möglich.

Albin Tröhlig, Mannheim.

Der diesjährige Verbandstag wird, wie die verschiedensten Ausführungen im „Proletarier“ erkennen lassen, im Zeichen der Erörterung über die Erwerbslosen-Unterstützung und deren eventuelle Verminderung oder der Erhöhung der Beiträge stehen. Jedem in der Praxis stehenden Kollegen wird es ohne weiteres klar sein, daß die Beiträge der vorigen Verbandstage in Bezug auf die Erwerbslosen-Unterstützung nicht glücklich waren. Es hätte vor allen Dingen ein Unterschied zwischen Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung gemacht werden müssen. Bei Arbeitslosigkeit ist überhaupt kein Entkommen vorhanden, während bei Auszahlung der Krankenunterstützung mit dem von den Krankentagen geleisteten Beitrag der Lohn in diesen Fällen oft um ein bedeutendes übersteigert wird. Dies ist kein gesunder Zustand. Die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit muß natürlich so bestehen bleiben, wofür die Krankenunterstützung wohl eine Verminderung erfahren könnte, namentlich bei dem Beitrag von 50 Pf., wo die Leistungen gegenüber dem Beitrag entschieden zu hoch sind. Es läge nun nichts näher, als zu einer Erhöhung der Beiträge zu kommen, sofern die bisherigen Unterstützungsätze bestehen bleiben sollten. Ich möchte aber davon abraten, diesen Weg einzuschlagen und höre nicht, daß der Verbandstag in diesem Sinne beschließt. Es darf nicht vergessen werden, daß in den verfloßenen zwei Jahren wohl die meisten Verbandsorte Vorarbeiten eingeleistet haben. Wir haben, um den Finanzen der Verbandsstellen etwas auf die Beine zu helfen. Wenn nun wieder eine Erhöhung kommen sollte, würde es durchaus nicht so glatt verlaufen, und ein namhafter Mitgliederverlust wäre meines Erachtens nach die unausbleibliche Folge. Das Gros unserer Mitglieder wird sicher einen Beitrag von 10 Pf. pro Woche bereits bezahlen, also schon jetzt einen Beitrag von 60 und 60 Pf. haben. Wir sehen, daß andere Verbände, z. B. der neu gegründete Industrieverband der Transportarbeiter, einen Beitrag von 30, 40 und 50 Pf. festsetzt, die Saisonarbeiter, welche in einer Urabstimmung beschlossen haben, einen Beitrag von 60 Pf. zu erheben, verhältnismäßig niedrigere Beiträge haben als wir, obwohl deren Mitglieder in ihrer weitaus größten Mehrzahl bedienter mehr verdienen als unsere Kollegen. Die Differenzen im Lohn sind in keinem Verhältnisse so groß, wie bei uns. Es werden Löhne von 30 Mk. gezahlt und auch solche von 12 und 15 Mk. und unter Umständen noch weniger. Man darf wohl sagen, daß, wer 30 Mk. verdient, eher 1 Mk. bezahlen kann, als der mit 20 Mk. Lohn 50 Pf. Es wäre deshalb unannehmlich, Staffelleistungen einzuführen, vielleiht in der Weise, daß der Beitrag von 40 Pf. für alle, welche bis zu 20 Mk. pro Woche verdienen, bestehen bliebe. Diejenigen, welche 20—24 Mk. verdienen, hätten einen Beitrag von 50 Pf. und über 24 Mk. hinaus 60 Pf. zu leisten. Natürlich müste es freigestellt sein, den höheren Beitrag zu zahlen. Demgemäß können auch die Unterstützungsätze abgestuft werden. Dies System wird sich bei uns ebenso einführen lassen, wie in jeder andern Organisation. Wir werden dazu kommen müssen, weil bei den nichtorganisierten, nichtorganisierten Arbeitern die Agitation nahezu erfolglos wird, wenn die Beiträge zu hoch sind. Sollte der Verbandstag die Einführung von Staffelleistungen nicht zustimmen, so ergeht mir dennoch, auch im Hinblick auf unsere Finanzen, eine Erhöhung des Beitrags keineswegs notwendig zu sein. Der Rassenbestand der Hauptklasse hat sich noch fortwährend vermehrt und würde sich weiter heben, wenn die Krankenunterstützung herabgesetzt würde. Die verfloßenen Jahre waren Jahre der Krise, wo die Verbandsstellen eine große Bekämpfung auszuhalten hatte, was, da wir allem Anschein nach in Zukunft eine gute Konjunktur haben werden, in den nächsten Jahren sich zu ändern. Der Verbandstag nicht der Fall sein wird, und wir deshalb die Beiträge nicht so hoch wie die bisherigen Beiträge, auslassen werden. Wir müssen den Mitgliedern auch mal eine Zeit der Ruhe lassen, was wir in den Jahren mit dem letzten Verbandstag genug Beitragssteigerungen (Vollständig) gehabt haben. Ich möchte weiter einen Zusammenschluß aller unorganisierten Arbeiter (z. B. die Textilarbeiter im Zuge) das Wort reden. Wir haben bereits eine immer größere Konzentration nicht nur der Arbeiter, sondern, was uns auch besonders interessiert, der Gewerkschaften. Wenn wir die nicht organisierten Arbeiter gewinnen wollen, müssen wir auch zu einer derartigen Zentralisation kommen.

In der deutschen Gewerkschaftsbewegung sind einige erfreuliche Fortschritte in dieser Hinsicht zu verzeichnen, und ich denke, daß auch unser Verband dabei nicht zurückbleiben sollte.

W. Gens.

### Aus der Papierindustrie.

#### Arbeitersieg über den amerikanischen Papiertrust.

Die amerikanischen Papierarbeiter haben einen prächtigen Sieg errungen: die International Paper Company, ein amerikanischer Papiertrust, der mit seinen 32 Fabriken fast die Hälfte der gesamten Papierfabrikation der Vereinigten Staaten beherrscht, hat sich nach einem hartnäckigen, sieben Wochen dauernden Kampfe ergeben müssen. Ursache des Kampfes ist kurz folgendes: Im Jahre 1908 war der amerikanische Papiermarkt mit Vorräten überfüllt. Um nun auf einfache und billige Art eine Entlastung des Marktes herbeizuführen, trieb der Trust die Arbeiter seiner Betriebe durch Vornahme eines Lohnabzugs von 10 Prozent in den Streik. Ausdrücklich sei hier bemerkt, daß der Trust offen zugegeben hat, daß er den Streik haben wolle. Die Arbeiter kämpften bei dieser Sachlage natürlich vergeblich; sie mußten nicht nur den Lohnabzug — wenn auch nur 6 statt der geplanten 10 Prozent — sondern auch die Verlängerung der früher achtstündigen Schicht in eine 12stündige in den Kauf nehmen. Der Trust rühmte sich nach dem Kampfe, nicht nur die Produktion verbilligt und den Markt entlastet, sondern auch die Organisation der Papierarbeiter vernichtet zu haben.

Im Anfang dieses Jahres, nachdem eine bessere Konjunktur eingetreten war und die Papiervorräte gering waren, erlebte der stolze Trust eine Ueberraschung: die Arbeiter forderten eine Erhöhung der Löhne und die Wiedereinführung der Achtstundenschicht und legten, als die I. P. C. sich strikte ablehnend verhielt, die Arbeit nieder. Zuerst waren nur einige Fabriken am Ausstand beteiligt, aber nach und nach gelang es, den Streik auf fast alle Betriebe des Trusts auszudehnen. Das war nicht immer leicht; zumal die amerikanischen Behörden nicht weniger kapitalistisch sind als die deutschen. Hierfür nur einige Beispiele: Als der Vorsitzende des Verbandes der Papierarbeiter, Malin, Ende März in Franklin (N.-H.) eintraf, um die Arbeiter der dortigen Trustfabrik zum Anschluß an den Ausstand zu bewegen, berief der Bürgermeister der Stadt eine außerordentliche Sitzung des Stadtrates ein und — lud Malin vor dieses Forum. Malin erschien und erklärte, er wolle, unter Achtung der Gesetze, die Ausständigen unterstützen. Der Stadtrat aber ersuchte ihn, sofort die Stadt zu verlassen, da seine Anwesenheit zu Unruhen führen könne. Malin ging jedoch nicht, sondern berief die Arbeiter der Fabrik zusammen, legte ihnen die Situation klar und erreichte, daß sie sich an dem Ausstand beteiligten. In Rumfay Falls (Nc.) wurde er, sobald seine Anwesenheit bekannt wurde, von einer Abordnung der Bürgerschaft in seinem Hotel aufgesucht und zur Abreise gezwungen. Jedes Wiederbetreten der Stadt wurde ihm unter Androhung von Gewaltmaßnahmen verboten. Auch gelang es der I. P. C., eine richterliche Verfügung zu erhalten, die den Arbeitern jede „Beeinflussung“ der Streikbrecher verbot. Ferner erhob die I. P. C. gegen die Ausständigen eine Klage auf Zahlung von 100 000 Dollars Schadensersatz, die jedoch später abgewiesen werden mußte.

Die Gesellschaft selbst versuchte die Arbeiter durch Renommage und Bluffs einzuschüchtern. Sie verweigerte jede Verhandlung mit der Leitung der Ausständigen und erklärte prozig: „Jeder muß einzeln nach Arbeit fragen.“ In den Tageszeitungen verkündete sie einige dutzendmal, daß der Streik beendet sei, weil sämtliche Werke mit Arbeitswilligen besetzt seien. Als die Streikenden diese Behauptung zurückwiesen, zog die Gesellschaft eine Anzahl ihrer Arbeitswilligen in die Fabriken in Corinth und Glens Falls zusammen, setzte die Papiermaschinen in Gang und — führte eine Deputation der Streikenden durch die Betriebe, um ihnen zu zeigen, daß alles besetzt sei. Die Streikenden erkannten jedoch, daß dieser Bluff seinen Vorläufer in dem historischen letzten Ziegenbock hat, den der eingeschlossene Kommandeur einer Festung auf den Wall schickte, um den Feind davon zu überzeugen, daß noch Ueberfluß an Nahrung vorhanden sei, und — rieten zur Fortführung des Streiks.

Nachdem die Leitung des Trusts einsah, daß ihre Bluffs nicht verfangen und die Parteimahne der Behörden die Streikenden nicht einschüchtern, bequemte sie sich zu Verhandlungen. Diese führten zu folgenden Vereinbarungen:

1. Der Ausstand hört am 21. Mai auf, und die bisher Ausständigen treten am Morgen des 23. Mai die Arbeit an.
2. Die Gesellschaft führt sofort die 8-Stunden-Schicht wieder ein, stellt die Ausständigen unterschiedslos wieder ein, soweit Posten für sie frei sind, und stellt keine neuen Leute an, solange nicht alle Ausständigen, die zurückkehren wünschen, angestellt sind.
3. Die Vorschriften der Gesellschaft vom 1. Januar 1907, wonach die 8-Stunden-Schicht eingeführt und Sonntags- und Ueberstunden-Arbeit geregelt wurden, werden neu bestätigt und bleiben in Kraft.
4. Die Gesellschaft wird zu allen Zeiten gehörig beglaubigte Ausschüsse in Bezug auf Beschwerden der Arbeiter in den einzelnen Fabriken anerkennen.
5. Am 1. August wird eine in allen Fabriken der Gesellschaft gleiche Lohnliste eingeführt, welche die jetzigen Löhne um etwa 5 Prozent erhöht.
6. Beschwerden, die sich nicht in den einzelnen Fabriken schlichten lassen, werden mit der Oberleitung der Gesellschaft beraten und nötigenfalls durch ein Schiedsgericht erledigt.
7. Papiermaschinen laufen wöchentlich 6 Tage zu 24 Stunden und Schleifereien wöchentlich 6 1/2 Tage, wenn ihr Erzeugnis nötig ist, um den wöchentlich 6stündigen Betrieb der Papiermaschinen zu ermöglichen.

Mit diesem Erfolg wird der Kampf um den Achtstundentag in den amerikanischen Papierfabriken erneut entfesselt, und es unterliegt kaum einem Zweifel, daß es der Organisation, die den mächtigen Kaufs bezwungen hat, auch gelingen wird, die übrigen Fabriken zur Anerkennung dieser Forderung zu bewegen.

Es wird hohe Zeit, daß auch in der deutschen Papierindustrie der Frage der Einführung des Dreizehntages näher getreten wird. Und wir hoffen, daß unsere Mitglieder allerorts gerade den glänzenden Erfolg unserer amerikanischen Brüder zum Anlaß einer durchgreifenden Agitation für den Verband nehmen.

**+ Unternehmern und Arbeiter.**

Dieses Thema zu behandeln veranlassen uns die jeder Beschreibung spottenden Zustände in der Zellulosefabrik Wartha bei Glas. Der Lohn beträgt für Arbeiter 1,80 Mk. bis 2,50 Mk. pro Tag. Die Dauer der Arbeitszeit hängt von allerlei Umständen ab. Soweit Arbeiter an Maschinen arbeiten, beträgt die Schicht 12 Stunden ohne Pausen, denn die Mahlzeiten werden nur nebenbei eingenommen. Bei Schichtwechsel am Ende der Woche muß der Arbeiter 24 Stunden ununterbrochen tätig sein. Nun kommt es aber wiederholt vor, daß Arbeiter plötzlich aufhören — wahrscheinlich deshalb, weil die Löhne zu hoch sind —, dann heißt es, wenn keine Ablösung kommt, einfach weiterarbeiten, so daß Schichten von 36 Stunden und darüber keine Seltenheit sind. Oder man hilft sich in der Weise, daß Arbeiter, die den Tag — oder auch die Nacht über — mit anderen arbeiten, wie Holz einsapeln, beschäftigt waren, an die Stelle des ferngebliebenen Arbeiters gestellt werden, die dann diese Schicht weiterarbeiten, um nachher wieder ihre fällige Tages- oder Nachtschicht zu arbeiten. Auf diese Weise soll ein solcher Arbeiter, oder richtiger gesprochen ein solches Arbeitspaar, fast 40 Stunden hintereinander beschäftigt haben. Daß eine Arbeiterschaft, die unter solchen jammervollen Umständen dahingeheert, auch in allen übrigen Beziehungen zum Sklaventum degradiert wird, ist nur zu erklärlich. Gerade als ob wir nicht 1910, sondern 1710 Jahre nach der Geburt des großen Magareners schrieben, so geht man mit den Rechten der Arbeiter um. Wie schon oben bemerkt, hält nicht jeder Arbeiter solch „ideale Zustände“ aus und sucht daher lieber andere Beschäftigung. Diese würde manchem Arbeiter geboten sein bei dem nahen Gausaufbau oder der Flußregulierung. In weiser Fürsorge war aber die Fabrikleitung bestrebt, eine gewisse „gottgewollte Abhängigkeit“ der Arbeiter aufrecht zu erhalten. Man machte einfach durch Umschlag bekannt, daß Arbeiter, welche die Fabrik verlassen, um an den obengenannten Orten Arbeit zu suchen, keine Aussicht auf Einstellung hätten. Die Fabrik habe mit dem Unternehmer vereinbart, daß Arbeiter aus der Fabrik nicht eingestellt werden dürfen. Da sage noch einer, daß das Unternehmertum nicht das „Wohl der Arbeiter“ zu fördern bestrebt ist!

Besonders traurig sind aber die Arbeiterinnen gestellt, für die die gesetzlichen Schutzbestimmungen nur aus dem Papiere stehen. Bis 1. Januar dürfen Arbeiterinnen nicht mehr länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden; Sonnabends und an den Vorabenden von Feiertagen nur 8 Stunden, bis spätestens 5 Uhr abends. Hier werden aber die Frauen gezwungen, Überstunden zu arbeiten, bis 8, 9 und 10 Uhr abends. Auch Sonnabends wurde schon bis 8 und 9 Uhr gearbeitet. Wer sich weigert, Überstunden zu arbeiten, wird zu Geldstrafen oder zur Arbeitsaussetzung verurteilt oder entlassen. Das Schlimme aber ist, daß man, wie uns berichtet wird, den Arbeiterinnen die Überstunden nicht gleich bezahlt, sondern erst als „Weihnachtsgehalt“ präsentiert. (Wirklich nobel! D. B.) Wenn nun aber das Arbeitsverhältnis vorher beendet wird, na — dann gibts eben nichts für die Überstunden! Daß auch die Befandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen — namentlich von einem der Herren Meister — eine besonders grobe ist, sei ebenfalls bemerkt. Vier bis fünf Arbeiter sind mit Holzpflügen in Akkord beschäftigt, deren Frauen ebenfalls mithelfen, ohne daß diese Kranken- und Invalidenbeiträge zahlen. Allerdings ist die Arbeitszeit derselben unbestimmt, das ändert aber u. E. nichts daran, daß diese denselben Gefahren im Betriebe ausgesetzt sind. Alles in allem hoffen wir, daß diese Heiden dazu beitragen werden, nicht nur die Deffentlichkeit sondern auch die königliche Gewerbeinspektion auf die reformbedürftigen Zustände in diesem Betriebe aufmerksam zu machen. Namentlich die letztere möge feststellen, wie hoch die Zahl der Überstunden ist, die von den Arbeiterinnen seit 1. Januar 1910 geleistet werden mußten. Die geäußerten und von Herrn Direktor Dr. Becker und drei Arbeitern der Fabrik am 30. März d. J. unterzeichneten Nachträge zur Arbeitsordnung besagen zwar, daß diese Bestimmungen am 15. April 1910 in Kraft getreten seien, wir sind aber der — wohl richtigen — Meinung, daß hier die Bestimmung des Gesetzes gilt und die seit dem 1. Januar dafür fest. Auch sonst dürften manche Ermahnungen an die Fabrikleitung am Platze sein. Die gründliche Befreiung aller dieser Lebelligen wird aber erst dann möglich sein, wenn die Arbeiter selbst sich ihre Menschenrechte erkämpfen. Deshalb, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen: hinein in die Organisation, in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands!

**+ Unfälle.**

Der in der Papierfabrik in Einsleben beschäftigte Arbeiter Westphal kam beim Anstellen von Pumpen dem Hauptantriebsriemen zu nahe, wurde von demselben erfaßt und mit herumgeschleudert. W. wurde so schwer verletzt, daß er auf der Stelle tot war.

In der Papierfabrik Fockendorf (S.-A.) explodierte am Morgen des 2. Juni unter donnerähnlichem Knall ein Kessel mit flüchtigem Harzlein. Der gewaltige Druck hob den Kessel aus dem Fundament und schleuderte einen großen Teil des Daches, sowie den Keim hoch in die Luft. Die beiden im Raume befindlichen Personen, der Keimlocher selbst und eine ältere Frau, kamen mit dem bloßen Schreck und einer tätigen Keimdouche davon. Wie das Unglück entstanden ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

In derselben Fabrik verunglückte am 3. Juni der Arbeiter Fendrofel. Bei der Bedienung des Fahrfußes glitt er aus und geriet mit dem Fuß zwischen Fahrfuß und Band, wobei ihm der Fuß abel zugerichtet wurde. Er wurde mit dem Sanitätswagen in seine Wohnung gebracht.

**+ Schöpfheim.** In der letzten Nummer des „Proletariats“ wurde darüber Klage geführt, daß der Saalmeister Schmitz in der Papierfabrik Sutter-Höfen sich den Frauen gegenüber verächtliches zuzuschulden kommen ließ. Eine von der Fabrikleitung vorgenommene Untersuchung führte zu der für die Arbeiterschaft befriedigende Lösung, daß Sch. die Kündigung erhielt. Wir freuen uns, daß unsere Kritik so schnell Erfolg hatte und hoffen, daß nunmehr auch die Regelung der Lohnverhältnisse, über welche Beschwerde geführt wird, eintritt.

**Streits und Lohnbewegungen.**

**— Streiks und Differenzen bestehen in:** Münsberg (S. Lederfabrik), München (Chemische Fabrik), Fürth (Papierfabrik), Nürnberg (Papierfabrik), Salzwedel (Chemische Fabrik), Gößnitz a. M. (Gelatinefabrik), Stuttgart (Oberrheinische), Sipsfabrik.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng ferngehalten.

**— Barth.** In Barth traten die Kollegen einer Harzandsteinfabrik in einen Abwehrstreik ein. Der Unternehmer wollte am Lohn und Akkord in Höhe von 1,20—1,40 Mk. pro Woche abziehen. Nach einer Dauer von 14 Tagen hat der Unternehmer die vom Lande herbeigeleiteten arbeitswilligen Landarbeiter zum Teufel gejagt und die Leitung der Fabrik seinem Meister übergeben. Dieser hat nun die Lohn- und Akkordbedingungen neuverhandelt und sämtliche Arbeiter wieder eingestellt.

**— Dresden-Röthig.** Seit länger als 3 Jahren ist in der Strohhloßfabrik Röthig b. Dresden keine Erhöhung der Löhne zu verzeichnen. Schon im vorigen Herbst reichten deshalb die Arbeiter durch den Arbeiterausschuß das Schreiben um eine Lohnzulage ein, erhielten aber eine völlig ablehnende Antwort. In diesem Jahre wurden diese Wünsche erneut eingebracht und zu gleicher Zeit bestimmte Vorschläge zu einer Lohnregelung und Aufbesserung durch den Arbeiterausschuß gemacht und mit einem sehr höflichen Begleitschreiben an die Direktion abgegeben. Die Firma lehnte aber auch diesmal die Eingabe ab, sie verhandelte gar nicht mit dem Arbeiterausschuß, sondern veröffentlichte ein Antwortschreiben an die Arbeiterschaft, in dem auf die schlechte Lage und den geringen Verdienst der Firma im letzten Jahre hingewiesen wurde. War dieses erste Schreiben zwar ablehnend, aber doch eine ruhige Antwort auf die geäußerten Wünsche, so änderte die Direktion bald ihr Verhalten. Ehe noch die Arbeiterschaft zu der ersten Antwort Stellung genommen, erließ sie den zweiten, in dem sie alle Arbeiter vor dem Streik warnt, trotzdem diese von einem solchen noch gar nicht geredet hatten. Sie würde in einem solchen unheimlichen Schritte eine „große Geschäftigkeit“ erblicken. Der Inhalt klingt aus in der Drohung, daß jeder entlassen wird, der streike, sei es auch nur auf wenige Tage. Während die treu zur Firma Haltenden in vollem Lohn und allen „Begügen“ bleiben sollen, verlieren die Streikenden auf immer alle Ansprüche auf den Unterstützungsfonds, der jetzt in Höhe von 32 000 Mk. angeammelt ist, jeden Anspruch auf die Prämie von 50 000 Mk. bei 5-jähriger Beschäftigung, alle Entschädigung bei militärischer Uebung und auf Bezug billiger Kohlen usw.

Diese „Böhschäftigkeitseinstellungen“ sind aber selbstverständlich nur zum Besten der Arbeiterschaft geschaffen worden!

Warum denn nun diese Verbotslist, diese Drohungen, diese Verheißungen, wo noch gar niemand von einem Streik gesprochen hatte? Hatte vielleicht ein strebsamer Richterplattler die Firma belogen, um sich einen Judaslohn zu verdienen? Hätte die Direktion mit dem in der Arbeitsordnung anerkannten Arbeiterausschuß verhandelt, wäre sie besser beraten worden.

Die Direktion lehnte nochmals jedes Zugeständnis ab, auch solche Forderungen, die ihr gar keine Geldkosten verursachen, sollten nicht bewilligt werden. Zu diesen Antworten nahm die folgende Versammlung der Arbeiterschaft Stellung. Nach eingehender Beratung wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die gerade nicht ruhige Lage der Firma anerkannt, aber die Ausfaltung des Arbeiterausschusses als Mißachtung angesehen, auf die Forderungen ohne Geldausgaben hingewiesen und eine Verhandlung mit dem Ausschuss verlangt wurde. Zu gleicher Zeit wurde verlangt, daß der Nacharbeiter Mantewitz, weil er Mitarbeiter denunziert und aus der Arbeit gebracht hatte, auch mit anderen schon Streik von Zaune gebrochen hatte, der auch der Firma auf Anregung eines Beamten den gefährlichen Bericht geliefert hatte, entlassen werden sollte.

Von einem Streik war auch jetzt noch keine Rede. Die Arbeiter hatten gar keine Lust, die „große Geschäftigkeit“ zu begehnen. Nichts desto weniger legte die Direktion ihre Maßregelungen fort. Herr Mantewitz wurde nicht entlassen, sondern erhielt den Portierposten, den man vor einigen Jahren aus Sparanlaß entlassen hatte. Zwei Arbeiter, Mitglieder des Arbeiter-Ausschusses, einer 13, der andere 7 Jahre im Betriebe, wurden entlassen, weil der früher organisierte Arbeiter Braune aus Kaundorf sie wegen Nötigung denunziert hatte. Dabei hatte der letzte einviertel Jahr gar nicht mit ihm gesprochen, der andere nur gefragt, warum er ausgetreten sei. Die 13 Jahre beschäftigten Arbeiter hat die Firma 1907 erst das Ehrendiplom für allezeit anerkannte, treue und strenge Pflichterfüllung verliehen. Da die Firma in diesem Diplom keineswegs Wohlgefallen wünsch, wirft sie ihn wohl auch nur hinaus, weil es ihm in der Strohhloßfabrik nicht wohlgehen kann? Anders Arbeitern, darunter wiederum Mitgliedern des Arbeiterausschusses, wurde die Entlassung angekündigt, so daß man schon damals zu der Ueberzeugung kommen mußte, die Firma wollte die Arbeiterschaft zu der „großen Geschäftigkeit“ provozieren.

Als auch diese Maßnahmen die Arbeiterschaft noch nicht aus der Ruhe brachten, als diese vielmehr in der folgenden Versammlung den Beschluß faßte, die Bewegung zu vertagen, in der sicheren Voraussetzung, daß jenseits die Firma höhere Löhne zahlen muß, wenn sie ihre eingerichteten Leute halten will, da kamte der Verfolgungswahn keine Grenzen mehr. Ein neuer Anschlag wurde an 4 Stellen der Fabrik angebracht. Zuerst wird zu weiterer Denunziation direkt aufgefordert. Um den weiteren Verheißungen entgegenzutreten zu können, wird den Nichtorganisierten ein Krankengeldzuschuß von 1,50 Mk. pro Tag und ein Sterbegeld beim Ableben der Ehefrau versprochen. Die Bekanntmachung schloß mit der grimmigen Drohung, jeden zu entlassen und gerichtlich zu belangen, der trotz Zugehörigkeit zur Organisation die Unterstützung der parajanen Firma in Anspruch nimmt.

Daß die große Mehrzahl der Arbeiterschaft unterschrieben hat, weil sie doch wenigstens etwas loder machen möchte, ist selbstverständlich. Ob sie wegen dieser Verprechungen und dieses Ansehens ihrer Koalitionserklärung, steht aber auf einem ganz andern Blatte. Will die Strohhloßfabrik das erreichen, dann muß sie außer dem Krankengeld für die Zeit, in der jemand dort beschäftigt ist, das auch noch etwas ausdehnen für die krank Entlassenen, dann muß sie Arbeitslosen-Unterstützung, Reisegeld, vor allem aber Streik- und Maßregelungs-Unterstützung zur Einführung bringen, und wenn dann noch eine anständige Lohnzulage bewilligt und für die Zukunft sicher gestellt wird, dann ließe sich eher darüber reden.

„Die Organisation hat noch nie etwas erreicht“, steht im Anschlag. Ja, welche Organisation hat denn schon einmal etwas verlangt von der Strohhloßfabrik? Aber die organisierten Arbeiter haben etwas erreicht! 1902 haben wir den allgemeinen Lohnabzug erkliden müssen, weil keine Organisation vorhanden war; die noch viel niedrigeren Löhne der nächsten Jahre mußten ertragen werden, weil keine da war. Erst 1908 traten die jetzt Organisierten in eine erfolgreiche Lohnbewegung ein. Die Abänderung der 24stündigen Schichten ist gegen den Willen der Direktion auf Wunsch der organisierten Arbeiter eingeführt worden. Ohne Organisation hätte sich zweifellos der Abzug von 1902 im letzten Jahre wiederholt. Am gleichen Tage, an dem geschrieben wird: „die Organisation wird nichts erreichen“, muß die Firma Krankengeld, Sterbegeld, Bier- und Kaffeegeld an Feiertagen und Lohnzulage für einen Teil der Arbeiterschaft, wenn auch nicht den besten, gewähren. Ist die Organisation so ungefährlich, warum dann den Verlust gegen die guten Sitten, warum die Entlassung der Arbeiterausschuss-Mitglieder, warum die Gewährung von Krankengeld und Sterbegeld, die Zulage für die Unorganisierten?

Neue Maßregelungen gingen mit dem Erlaß Hand in Hand; zwei weitere Mitglieder des Arbeiterausschusses und einer aus der erweiterten Lohnkommission flogen aufs Räder, trotzdem sie nicht streikten wollten, sondern treu zur Firma hielten. Darunter auch einer, der jahrelang dieses Amt inne hat, mit dem Herr Ruppelt auch die vorgeschlagenen Unterstützung schon besprochen hatte. Der Haß gegen einen wirklichen Arbeiterausschuß und Vorstand in der Betriebskrankenkasse kennt bei den Direktoren keine Grenze.

Die Strohhloßfabrik fühlt sich fast über stark, Arbeitern gegenüber. Sie ist aber nicht in der Lage, die Mißstände abzuwickeln, die im Vorjahre schon der Gewerbeinspektion gemeldet wurden. Sie ist auch nicht so gesegensreich, die neue Gewerbe-Ordnungsvorläge zu kennen und deren Bestimmungen über die Frauenarbeit einzuhaken. Diese Aufgaben stehen noch bevor und werden wohl nur gelöst werden, wenn die Organisation etwas aufpaßt. Sollen in der „Strohhloß“ die Aktionäre auf der einen Seite, die Arbeiter auf der anderen einmal auf ihre Rechnung kommen, dann muß auch ganz andern Gründen gefürcht werden. Denn trotz der Lohnerhöhung im Jahre 1908 hieß die Dividende in diesen Jahren, während sie bei den niedrigen Löhnen in den früheren Jahren viel niedriger gewesen ist; auch konnten 511 000 Mk. dem Reservefonds zugewiesen werden. Da heißen nicht Zuckerbrot und nicht Peitsche, nicht Kampf gegen die Arbeiterschaft, nicht Raub des Koalitionsrechts. Da heißt die Ausbeutung der Fabrik zu einem Mutterbetrieb, von dem sie heute weit

entfernt ist. Da läßt nicht ein soziales Mäntelchen und nicht Verprechungen, sondern eine vernünftige Arbeiterbehandlung und -Entlohnung. Diese zu erreichen, ist unser Ziel — trotz Dilektion der Strohhloßfabrik.

**— Frankfurt a. Main.** Der Streik in der chemischen Fabrik Griseheim-Elektron ist durch Verhandlungen zugunsten der Arbeiter beigelegt. Ausführlicher Bericht folgt in nächster Nummer.

**— Gückstadt.** Der Abwehrstreik in dem hiesigen Quebrachs- und Gerbstoffwerk ist nach fünfwöchiger Dauer beendet. Die Mehrzahl der Streikenden nahm am 3. d. M. die Arbeit auf, die Einstellung der übrigen soll möglichst innerhalb der nächsten acht Tage erfolgen. Bekanntlich verjagte die Betriebsleitung den Arbeiter unter der Devise: „Wer sich nicht stillschweigend fügt, der fliegt!“ einen „Tarifvertrag“ von dreijähriger Dauer aufzulozroyieren. In demselben war eine Arbeitszeitverlängerung von einer halben Stunde täglich, vom 1. April 1911 ab eine Lohnzulage von 1 Pf. und vom 1. April 1912 ab um einen weiteren Pfennig vorgesehen. Der Kampf drehte sich also vorwiegend um die Anerkennung der Arbeiter als gleichberechtigte Faktoren bei Festsetzung von Lohn- und Arbeitsbedingungen, Anerkennung der Organisation der Arbeiter, Verlängerung der Arbeitszeit um täglich 1/2 Stunde und schließlich um einen entsprechenden Lohnaufschlag für das erste Jahr. Ueber den letzten Punkt konnte in den Verhandlungen eine Einigung nicht erzielt werden; vielmehr will die Betriebsleitung, die offenbar befürchtete, daß ihr bisheriges Renommee vollständig in die Brüche ging, erst später „freiwillig“ eine Lohnzulage gewähren. — Dagegen fanden alle anderen Punkte zugunsten der Streikenden ihre Erledigung. Wenn man berücksichtigt, daß der Betrieb zum Teil mit Arbeitswilligen besetzt war, daß ferner das Hauptgeschäft in Hamburg die Kundenschaft der Gückstadter Filiale notwendig mit Gerbstoff verlor, so können die Arbeiter mit dem Ausgang des Kampfes zufrieden sein. Aus dem Kampfe wird auch die P... Leitung die Lehre gezogen haben, daß es in Zukunft vorteilhaft ist, die Arbeiterschaft als gleichberechtigten Faktor bei Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuerkennen.

**— Stralsund.** Da in Stralsund keine Zahlstelle der Textilarbeiter existiert, so hatten sich die Arbeiter einer dortigen Seilererei unsemr Verband angeschlossen. Die Löhne in diesem Betriebe waren nun bisher äußerst schlecht. Die Arbeiter ließen durch ihre Organisation die Lohnforderung einreichen, welche auf 5 Pf. pro Stunde mehr und einen Anfangslohn von 28 Pf. lauteten. Der Unternehmer war aber nicht zu bewegen, diese bescheidenen Forderungen zu bewilligen und so legten die Kollegen die Arbeit nieder, aber schon nach zwei Stunden bewilligte der Herr. Hierdurch erzielten die Vetteren eine Lohnerhöhung von 3 Mk. und die Ausgelernten von ca. 3,80 Mk. pro Woche. Auch wurde ein Tarifvertrag auf zwei Jahre abgeschlossen.

**Korrespondenzen.**

**Niederan.** Schon kürzlich schilderten wir, in welcher rüchichtslosen Weise man in der Chemischen Fabrik gegen alte Arbeiter vorgeht. Am Sonnabend haben nun wieder mehrere ältere Arbeiter wie auch vier Kranke die Kündigung erhalten. Sie müssen am 15. Juni den Betrieb verlassen, in dem sie zum Teil fast ein Menschenalter lang geschuftet, sowie ihre besten Kräfte und die Gesundheit für dessen reichen Besitzer hingegeben haben. Den übrigen älteren Arbeitern aber, die man noch gnädig im Betriebe duldet, ist der Stundenlohn auf 30 Pf. herabgesetzt worden, was einem Lohnabzug bis zu 8 Pf. pro Stunde gleichkommt. Es sind dies dieselben Arbeiter, die früher immer in der Hoffnung, dauernd in Arbeit bleiben zu können, für einen Stundenlohn von 18 bis 20 Pf. tätig waren. Wie sagte doch der Direktor Kell im vorigen Jahre, als er eine Auszeichnung erhalten hatte, zu den Arbeitern: „Na, die Arbeiter können sich mit mir freuen; wir wollen hoffen, daß wir noch recht lange zusammen bleiben können.“ Das sagte Herr Kell auch zu dem Arbeiter, dem er vor wenigen Wochen nach 27jähriger Tätigkeit 10 Pf. pro Stunde vom Lohn kürzte und der jetzt mit der Straße wirft. Die alten Arbeiter sehen mit Staunen, daß es eingetroffen ist, was wir ihnen schon immer sagten: daß auch sie überflüssig werden, wenn der Kapitalist ihrer nicht bedarf. Wo gehen nun die alten, ausgemergelten Arbeiter hin? Denn auch die übrigen Arbeitgeber nehmen lieber junge, kräftige Leute; Arbeitslosigkeit, Not und Sorge werden in ihr Haus einziehen. Besonders drückend müssen die Lohnabzüge zu einer Zeit wirken, wo die Minderbemittelten ohnehins unter der Verteuerung aller Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel schwer zu leiden haben. Die älteren Arbeiter können froh sein, daß das Geld der Altersversorgungskasse bereits geteilt worden ist; nach der damals geplanten Statutenänderung hätten die Entlassenen keinen Pfennig erhalten. So sind die wenigsten für die nächste Zeit gegen die größte Not geschützt. Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, dürften jedoch die Entlassungen nicht bloß auf Arbeiter beschränkt bleiben, auch Beamte will man entlassen. Den Beamten soll schon beim Bewußtwerden der Fabrik das Gehalt gekürzt worden sein. Man rede auch davon, daß selbst Herr Kell, der seit einiger Zeit heretisch nicht mehr erster Betriebsleiter ist, aber kurz oder lang den Betrieb verlassen werde. Doch mögen die Dinge laufen wie sie wollen, ein Gutes werden all diese Vorgänge doch zeitigen: Sie öffnen so manchem indifferenten Arbeiter die Augen, der dann einsehen lernt, daß sein Platz nur an der Seite der organisierten Arbeiter ist.

**Stettin.** In der hiesigen „Offize-Zeitung“ befindet sich ein Zinerat, in welchem die Arbeiterschaft der Bichorienfabrik J. G. Weiß in Stettin-Frauentorf den Tod ihres Chefs anzeigt. In diesem Zinerat heißt es u. a.: „Wir verlieren in dem Entschlafenen einen Chef voller Güte und Freundlichkeit, der für unser Wohl in stürzender Weise stets bedacht war, offenes Ohr und hilfreiche Hand für jeden hatte.“ Soweit wir die Verhältnisse des Betriebes kennen, kann diese Kundgebung unmöglich von allen Arbeitern ehrlich gemeint sein. Denn für das Wohl der Arbeiter wird hier wirklich recht wenig gesorgt. An viele erwachsene Arbeiter wird ein Stundenlohn von 27 1/2 Pf. gezahlt. Für Überstunden, welche in nicht geringer Anzahl geleistet werden, erhalten die Arbeiter sogar nur 25 Pf. pro Stunde. Jugendliche Arbeiter erhalten 10—15 Pf. die Stunde.

Wenn ein Arbeiter im Jahre 300 Arbeitstage in dem Betriebe schuftet, dann hat er am Jahresabschluss ca. 825 Mk. verdient. Ob das Wohl der Arbeiter bei diesem Lohn wirklich genügend gewahrt ist? Mit dem Lohn und den Arbeitsverhältnissen haben sich schon einige Betriebsversammlungen beschäftigt.

Um eine dieser Versammlungen hat sich der Betriebsleiter insofern verdient gemacht, als er, durch die Ankündigung, er werde selber in der Versammlung anwesend sein, für guten Besuch sorgte. Die Arbeiter wurden dort, obwohl der Herr Betriebsleiter nicht anwesend war, aber Zweck und Nutzen des Verbandes aufgeklärt und traten in erheblicher Zahl dem Verbands bei. Diese Arbeiter sind aber auch mit den bestehenden Arbeitsbedingungen durchaus nicht so zufrieden, wie es nach dem Zinerat scheinen könnte; sie haben auch die Veröffentlichung weder beantragt noch gebilligt. Diese Arbeiter sind allerdings auch der Meinung, daß sie die Förderung ihres Wohls nicht von andern Leuten, am allerwenigsten von ihrem Unternehmer erwarten dürfen, sondern daß sie durch Zusammenfluß mit ihren Klassenangehörigen ihr Wohl selber wahrten und fördern müssen.

**Gewerkschaftliche Rundschau.**

**Die Ansperrung im Baugewerbe**

ist in ihr zweites Stadium eingetreten. Die Einigungsversuche der Anparatisten sind von den Unternehmern einstimmig, von der Arbeiterschaft gegen geringe Mehrheiten angenommen worden. Damit ist aber der Kampf keineswegs beendet, denn nunmehr beginnen erst die Verhandlungen in den einzelnen Orten über Lohnhöhe, Arbeitszeit, Zulassung von Akkordarbeit usw. Bekanntlich haben die Bauarbeiter beim letzten Tarifabschluß und während der Zeit der Krise wenig oder keine Lohnerhöhungen bekommen. Der Lebensunterhalt ist aber in der Zeit gewaltig verteuert worden. Es wird also hier



## Aus der chemischen Industrie.

### Der Stillstand der chemischen Industrie Badens.

Keiner der größeren deutschen Industriebezirke läßt eine so geringe Entwicklung der chemischen Industrie während der letzten Jahrzehnte erkennen, als Baden. Dieses Land hat in Mannheim, seinem nördlichen Industriemittelpunkt, bedeutende chemische Betriebe älteren Datums, wie es im Süden am Rhein mit seinen nutzbaren Wasserkraften bei Lauffen und Rheinfelden neue Zweigniederlassungen der chemischen Industrie entstehen sah. Und doch ist die chemische Gesamtentwicklung Badens fast im Stillstand begriffen, jedenfalls schreitet sie nicht entfernt so kräftig vorwärts, wie in anderen deutschen Industriebezirken, selbst im kleinen Hessen, vom großen Preußen ganz abgesehen! Die zuverlässige und auf Jahrzehnte zurückreichende Arbeiterstatistik der badischen Fabrikinspektion, die lange Zeit die beste in ganz Deutschland war, beweist unsere Behauptungen untrüglich. Wir haben die neueste Statistik des soeben erschienenen Jahresberichts für 1909 mit derjenigen von 1892, der ältesten genauen Feststellung badischer Arbeiterverhältnisse, verglichen und dabei folgendes überraschende Ergebnis gefunden. Die badische chemische Industrie beschäftigte:

	in Familien	männl.	weibl.	jugendliche	Kindl.	Arbeiter überhaupt
1892	47	3134	817	302	—	4253
1909	60	3798	545	373	—	4694

Eine beinahe zwanzigjährige Entwicklung mit ihren grundlegenden Neuerungen und Fabrikationsverbesserungen, sowie ihren zahllosen Entdeckungen neuer chemischer Stoffe ist also an der chemischen Industrie Badens fast spurlos vorübergegangen. Denn es will gegenüber der herausgehenden Entwicklung der großen chemischen Betriebe in Ludwigshafen, Höchst, Elberfeld, überhaupt am Rhein, in Berlin und in Schlesien nichts heißen, wenn sich in Baden während siebenzehn Jahren die Zahl der beschäftigten chemischen Arbeiter um ganze 441 Köpfe vermehrte. Das nahe Ludwigshafen mag Mannheim viel weggenommen haben. Dafür hätte der badische Süden mit seinen günstig gelegenen Wasserkraften die Entwicklung der modernen chemischen Industrie begünstigen müssen. Worin die Gründe für diesen Stillstand kapitalistischer Entwicklung in Baden liegen, das ist hier nicht zu erörtern. Wir stellen nur die Tatsache fest, insofern sie auch für unsere Organisation und Agitation Bedeutung hat. Die soziale Zusammensetzung der chemischen Arbeiterschaft Badens erfuhr ja sogar eine gewisse Verbesserung, weil der Anteil der weiblichen Arbeit in den 17 Jahren von 817 Köpfen auf 545 und prozentual noch stärker zurückging, während die Zahl der männlichen Arbeiter von 3134 auf 3798 und prozentual ebenfalls sehr erheblich stieg. Das ist eine Gesundung chemischer Arbeiterverhältnisse, die uns in Norddeutschland noch fehlt und die wohl nicht zum letzten der kräftigen Aufsichtstätigkeit der badischen Fabrikinspektion zu verdanken bleibt. Die freierwilligeren süddeutschen Verfassungsverhältnisse bestimmen auch die größere Schärfe der Fabrikaufsicht.

Der Text des neuesten Jahresberichts der badischen Fabrikinspektion scheint freilich ebenfalls unter dem Zeichen des Stillstandes der dortigen chemischen Industrie zu stehen. Er bringt außerordentlich wenig Einzelmitteilungen aus den großen Betrieben, während der Beamte doch 58 Fabriken von den 60 vorhandenen chemischen revidiert haben will. Man muß sich über die außerordentlich geringe Ausbeute dieser Revisionen wundern. Sie ergaben fast keine Mängel, sondern immer nur erfreuliche Fortschritte. So wird zwar, wie schon voriges Jahr auch im „Proletarier“ ausführlich nach dem damaligen Bericht mitgeteilt wurde, von einem neuen Todesfall aus einer Zellulosefabrik berichtet, der durch Vergiftung mit salpetriger Säure verursacht wurde. Der Tod war wiederum durch direkte Reizung und Verlegung der Luftwege eingetreten. Aber es wird hinzugefügt:

Mit Freuden dürfen wir berichten, daß dies menschlicher Voraussicht nach das letzte Opfer war, welches der Nitrierbetrieb dort gefordert. Mit großen Aufwendungen wurden zwei neue Nitrierhallen errichtet, der Betrieb und die Apparate von Grund aus geändert und verbessert, so daß jetzt beim Aufenthalt in den Räumen Säuredämpfe kaum mehr wahrzunehmen sind. Bei Auswahl der Arbeiter durch den Arzt und normalen Gang der Fabrikation können Unfälle vermieden werden. Zu bemerken ist noch, daß den Hinterbliebenen eines im Vorjahre verstorbenen Arbeiters seitens des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung Rente zugestimmt wurde, da die Schädigung durch die Säuredämpfe als Unfall, nicht als Gewerbekrankheit angesehen wurde.

Sehr schön, aber man wird den Gedanken nicht los, daß diese Vorkehrungen längst hätten getroffen werden müssen und daß dadurch auch schon die bisherigen Todesfälle vermieden worden wären. Uebrigens ist die Unfallversicherung, die zum Schluß der Mitteilung erwähnt wird und die einmal günstig für die betroffene Arbeiterfamilie lautet, leider noch nicht das letzte Wort, denn es muß an anderer Stelle (S. 54 des Berichts) berichtet werden, daß das Reichsversicherungsamt ein Urteil des badischen Schiedsgerichts aufhob, das der Witwe eines an Benzolvergiftung gestorbenen Arbeiters den Anspruch auf Rente zubilligte. Das Reichsversicherungsamt stempelte die Vergiftung zur „Gewerbekrankheit“, statt sie als Unfall gelten zu lassen, und „Gewerbekrankheiten“ sind bekanntlich immer noch nicht entschädigungspflichtig, sollen es sogar nach der neuen Reichsversicherungsordnung noch nicht einmal werden!

Von dem Mißglücken eines sozialen Experiments in den Maggierwerken zu Stegen weiß der badische Inspektor schließlich dieses Mal noch zu berichten. Die Firma hatte gefunden, daß die Arbeiter den Angehörigen mit Monatsgehalt und den Vorarbeitern mit Wochenlohn gegenüber „deshalb im Nach-

teil sind, weil letztere keine Besorgungen, notwendige Gänge zu Behörden und dergleichen ohne finanzielle Einbuße während der bezahlten Arbeitszeit abwickeln können, den Arbeitern aber bei solchen Gelegenheiten die aufgewendete Zeit nicht vergütet wird“. Um diese Ungleichheit zu beseitigen, hatte die Firma 1908 folgendes festgesetzt. Jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin wird gestattet, täglich, mit Ausnahme des Sonnabends, an dem ohnehin nachmittags nicht gearbeitet wird, ohne Lohnabzug eine halbe Stunde „frei zu machen und das Geschäft zu verlassen“. Diese halbe Stunde kann jeden Tag in Anspruch genommen werden; es ist aber auch zulässig, mehrere — bis zu zwanzig — halbe Stunden zusammenzuziehen, und auf diese Weise mehrere zusammenhängende Stunden oder einen ganzen Tag — letzteres einmal innerhalb vier Wochen — für private Angelegenheiten frei zu bekommen. Die innerhalb einer Periode von 4 Wochen nicht in Anspruch genommenen freien Stunden verfallen. Jetzt teilt die Fabrikinspektion mit, daß sich die Einrichtung auf die Dauer nicht habe durchführen und beibehalten lassen. Die Arbeiter hätten nämlich fast nicht von der täglichen halben Freistunde, desto mehr aber von der Summierung zu einem ganzen freien Tage Gebrauch gemacht und sich zu „ganzen Scharen auf den gleichen Tag“ abgemeldet, was zu Betriebsstörungen geführt habe. Man habe deshalb die Einrichtung aufgehoben und dafür die tägliche Arbeitszeit von 10 Stunden auf 9 1/2 Stunden ohne Lohnabzug vermindert. Das war vielleicht auch die beste Lösung im Sinne der Arbeiter.

Die der chemischen Industrie verwandte Fabrikation forstwirtschaftlicher Nebenprodukte, Leuchtstoffe, Seifen, Fette und Öle in Baden hat im Gegensatz zu ihrer großen Schwester sehr erhebliche Fortschritte gemacht und ist nahe daran, sie zu überflügeln. Sie beschäftigte

	in Familien	männl.	weibl.	jugendliche	Kindl.	Arbeiter überhaupt
1892	107	1078	88	52	—	1212
1909	136	2347	476	269	5	3097

In dieser Branche trat also beinahe eine Verdreifachung der Arbeiterzahl binnen 17 Jahren ein, und wenn die Entwicklung so fortschreitet, dürfte die Fett-, Öl- und Seifenbranche in Baden bald ausgedehnter und größer geworden sein, als die alte chemische Industrie.

Vielleicht widmet auch die badische Fabrikinspektion diesen Erscheinungen in ihrem nächsten Jahresbericht etwas mehr Aufmerksamkeit als bisher.

### Die Macht der chemischen Unternehmerorganisation in Deutschland.

Jetzt hat einmal ein Teil der deutschen Kapitalisten selbst die Uebermacht der chemischen Unternehmerorganisation in Deutschland, der seit Bismarck alle Regierungsbüros offenstehen, an ihrem Leibe zu spüren bekommen. Und was die Arbeiter der chemischen Industrie, die das ganze Jahr unter dem ungeheuren Druck des einflussreichen Kapitals stehen, durch stille und zähe Organisationsarbeit zu bekämpfen suchen, das bejammern und bewundern jetzt die anderen deutschen Unternehmer, die erfahren mußten, was die chemischen Proletarier schon seit Jahrzehnten wissen. Der Patentanwalt Dr. Michaelis-Berlin stimmt als ihr Wortführer und namentlich für die deutschen Maschinenindustriellen in der „Frankf. Bz.“ vom 14. Mai d. J. ein gar bewegliches Klagebild über den unregulierten und verhängnisvoll einseitigen Einfluß des chemischen Großkapitals und seiner Hauptstarkmacher auf deutsche Behörden an. Wir geben das bezeichnende Klagebild im nachfolgenden in seinen wesentlichen Teilen wörtlich wieder:

„Chemische Fabrikanten in England, allen voran J. Dobinson in Manchester (übrigens ein geborener Berliner), sahen sich seit Jahrzehnten durch die großartigen Erfolge der deutschen chemischen Industrie in ihrem eigenen Lande auf das äußerste beengt; die deutschen Fabriken führten unter dem Schutz ihrer englischen Patente einen großen Teil des englischen Bedarfs an Chemikalien und Farbstoffen nach England ein, dessen Freihandelsprinzip diese nie fast alle anderen Waren noch dazu zollfrei ließ. Bei ihren Versuchen, diese Produkte in England selbst herzustellen, stießen die Engländer überall auf den Wall deutscher Schutzrechte und verfielen mehrfach empfindlichen Strafen wegen Verletzung dieser Patente. Die Bestrebungen der englischen Chemiker, diesen für sie untraglichen Zuständen ein Ende zu machen, sind ein volles Jahrzehnt hindurch mit der größten Zähigkeit fortgesetzt worden; ein Erfolg war ihnen aber erst beschieden, als auch die englische Maschinenindustrie unter der Ueberleitung des englischen Marles mit ausländischen, unter Patentschutz stehenden Erzeugnissen zu leiden begann. Hier waren es in erster Linie die Amerikaner, deren automatische Maschinen von den Engländern wohl teuer bezahlt und verwendet, nicht aber nachgeahmt werden durften. Gleichzeitig benutzten die Amerikaner ihre englischen Patente mit der ihnen eigenen Rücksichtslosigkeit dazu, jede englische Konkurrenz, die etwa aufstauete, durch Anshungerung schon im Keime zu ersticken; sie zwangen ihre englischen Abnehmer, mit ihnen Verträge zu schließen, durch die jene verhindert waren, andere als die amerikanischen Maschinen überhaupt zu benutzen. Diese Praktiken verhalten endlich den vereinten Bestrebungen der chemischen und mechanischen Industriellen in England zum Siege. Das neue englische Patentgesetz von 1907 führte den bis dahin in England unbekanntem Ausübungszwang für die englischen Patente der Ausländer ein, und die neuen Bestimmungen wurden sofort mit größter Strenge zur Anwendung gebracht.

Die deutsche chemische Großindustrie war nun gezwungen, wollte sie ihre englischen Patente nicht verlieren, binnen wenigen Monaten und unter Aufwendung mehrerer Millionen Mark Fabriken in England zu bauen und den größeren Teil des Bedarfs ihrer englischen Abnehmer daraus zu erzeugen. Die Herren Dobinson und Genossen haben nun freilich die gefährdete deutsche Konkurrenz erst recht auf dem Halbe; der deutschen Arbeiterschaft und der deutschen Volkswirtschaft im allgemeinen ist aber durch diese teilweise Ueberbedingung der chemischen Industrie ein beträchtlicher Schaden erwachsen.

Der englische Sturm war, wenn auch unter großen Opfern, beschworen; die deutschen Chemiker beschloßen selbstbeständig, Vergeltung zu üben, indem nunmehr die Bestimmungen des deutschen Patentgesetzes über den Ausübungszwang durch Klagen gegen die englischen Inhaber deutscher Patente geltend gemacht werden sollten. Leider war dies ein Versuch am untauglichsten Objekt; denn der Wert dieser Patente ist nicht gerade sehr hoch zu veranschlagen.

Die Amerikaner, die von dem neuen Gesetz ebenso empfindlich getroffen wurden, schickten sich sofort an, den sehr wertvollen Patent-

besitz der Engländer in Amerika mit den gleichen Waffen anzugreifen. Dem Repräsentantenhaus wurde im Februar 1908 ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die Einführung des Ausübungszwanges in den Vereinigten Staaten forderte. Dieser in erster Linie gegen die englische Industrie gerichtete Angriff bezog nun aber auch in empfindlichster Weise die deutsche chemische Industrie, deren Export nach Amerika ihre englischen Interessen noch erheblich übersteigt. Da zeigte es sich nun, wie wertvoll es ist, wenn eine Großindustrie an der richtigen Stelle alle Konkurrenzbedenken opfert und sich durch Zusammenstoß stark macht, wie es die großen chemischen Konzerne nicht lange vorher getan hatten. Mit vereinten Kräften bekämpfte diese große Organisation unter der geschickten Führung ihres geistigen Leiters Duisberg (Elberfelder Farbenfabriken) die Reichsregierung, der drohenden amerikanischen Gefahr durch Abschluß eines Gegenstandsvertrags zu begegnen, durch den die deutschen Inhaber amerikanischer Patente von einem eventuellen Ausübungszwang in Amerika befreit werden sollten. Ohne auf die wesentlich anders gearteten Interessen der mechanischen Industrie Rücksicht zu nehmen, die mangels einer ebenso gut vorbereiteten Organisation auch keinen bestimmenden Einfluß geltend machen konnte, wurde Holz über Kopf ein Abstommen geschlossen, das im Februar 1909 unterzeichnet und 6 Monate später in Kraft gesetzt wurde. In kolonialer Kürze sichert es den amerikanischen Inhabern deutscher Patente völlige Freiheit von den zum Schutz der deutschen Industrie geschaffenen Ausübungsbestimmungen, während den deutschen Trägern amerikanischer Schutzrechte lediglich die trostlose Versicherung gegeben wird, daß sie von dem Ausübungszwang befreit bleiben sollen, den Amerika später vielleicht einmal einführen sollte. Bis heute ist seine Einführung nicht erfolgt und angeht die politischen Konstellation, die den Vereinigten Staaten die weitestgehende Rücksichtnahme auf England zur Pflicht macht, ist es mehr als fraglich, ob überhaupt je diese jetzt doch nur noch gegen die englische Industrie sich richtenden Vergeltungsmaßregeln Leben gewinnen werden.

Um einen Schlag zu parieren, der noch nicht geföhrt war und vielleicht nie geföhrt werden wird, der zudem nur den weitaus kleineren Teil der deutschen Industrie wirklich bedrohte, hat die Regierung also unsere gesamte Industrie ihrer Hauptwaffe im Kampf gegen die ausländische, unter dem Schutz deutscher Patente arbeitende Konkurrenz beraubt.

Wenn man einigermaßen zwischen den Zeilen zu lesen versteht, sieht man, daß im obigen nicht mehr und nicht weniger als folgendes behauptet wird: Die deutsche Reichsregierung hat den Interessen des chemischen Großkapitals, für die sie stets ein offenes Ohr beigt, die Interessen wichtiger anderer deutscher Industriezweige rücksichtslos geopfert. Das chemische Scharfmachertum, das sich durch Duisberg und Genossen nur zuviel Gewalt in unsere Regierungskreise eroberte und das man dort in ganz unverantwortlich einseitiger Weise verwöhnt und verhätschelt, weil es im Glanze unermeßlichen Reichtums erstrahlt, ist heute sogar imstande, nicht mehr bloß über die Leichen Tausender von Arbeitern, sondern auch über die Leichen deutscher Unternehmer stolz und brutal hinwegzuzureiten! Da wundert sich freilich niemand mehr darüber, daß unsere Unternehmer ihre grauenhafte Ausbeutung und Hinopferung von Arbeiterexistenzen ungestört durch die längst dringend gebotenen Arbeitervereinigungen betreiben dürfen! Wo sie sogar über die Interessen kapitalistischer Klassegenossen so spielend leicht triumphieren, da wird man ihnen der lumpigen Arbeitergesundheits zu Liebe doch keine Schwierigkeiten machen! Wird die Reichsregierung auf die schwere Anklage des Dr. Michaelis den Mut haben, offen zu antworten? Wir, die wir im Interesse der chemischen Arbeiter seit Jahren mit den Behörden kämpfen, halten auf diesem Gebiete nichts mehr für unmöglich — auch nicht das einfache Einschweigen einer so schweren öffentlichen Beschuldigung. Wir ersehen aus der Enthüllung der Maschinenindustriellen lediglich, daß wir mit verdoppelten Kräften an der Organisation des proletarischen Widerstandes gegen eine solche Wirtschaft weiterarbeiten haben.

### Oberschlesische Sammerlöhne.

In einer Statistik über die oberchlesischen Berg- und Hüttenwerke, die ihm meist angehöhen, hat der dortige Berg- und Hüttenmännliche Verein kürzlich auch die Löhne der chemischen Arbeiter veröffentlicht, die in den sogenannten Verfeinerungsbetrieben (Zerlegung, Zerkleinerung usw.) mitbeschäftigt. Es waren 1909 nicht weniger als 11523 männliche erwachsene, 1471 männliche jugendliche und 564 weibliche Arbeiter in jenen Verfeinerungsbetrieben beschäftigt. Sie bezogen folgende Jahresdurchschnittslöhne:

	männliche erwachsene Arbeiter	männliche jugendliche Arbeiter	weibliche Arbeiter
1908	1077	392	387
1909	1047	343	383

Also fielen nach diesen Unternehmerangaben von 1908 auf 1909 die Sammerlöhne bei den beiden Klassen männlicher Arbeiter; nur die Frauen verdienten eine ganze Reichsmark mehr! Am heftigsten war der Lohnsturz bei den Jugendlichen, die nicht weniger als 50 Mark Jahreslohn einbüßten, während die Männer „nur“ 30 Mark weniger erhielten. Und das bei Jahreslöhnen, die sicher noch nicht einmal hinreichen, auch nur kräftige Nahrung anzuschaffen, geschweige denn Kleidung, Wohnung und Kultur Ausgaben zu decken. Und dieses Unternehmerparadies wird beschützt und beschirmt gegen das Eindringen der freien Gewerkschaftsorganisation von den schwarzen Profiholdaten des „Christlichen“ Zentrums! Hofanna!

### Zwei Sprengstoff-Fabriken in die Luft geflogen.

Am vergangenen Sonntag, 5. Juni, schlug während eines Gewitters in der Nacht ein Blitzstrahl in ein Gebäude der Sprengstoff-Fabrik der Gebrüder Wöhlhaus in Dahlenbrück, Provinz Westfalen, ein. Durch die Fällung explodierten mehrere tausend Pfund Pulver, die zwei Fabrikgebäude vollständig zerstörten. Falken und Gesteinsmassen wurden auf weite Entfernungen hin fortgeschleudert. Glücklicherweise ruhte der Betrieb, so daß nur einige Personen durch herumfliegende Holzstücke leicht verletzt wurden. Wie stark der bei der Explosion erzeugte Druck war, beweist, daß ein etwa 2 Kilometer entfernter Fabrikstein umgerissen wurde.

Das 50 Meter davon entfernte Lager blieb unversehrt. Ein Glück ist es, daß die Arbeiter dieser Fabrik keine Sonntagsarbeit zu leisten haben, sonst hätten wir wohl mehrere junge, hoffnungsvolle Menschenleben zu beklagen. Wäre der Vorfall an einem Werktag geschehen, die Folgen wären unabsehbar gewesen, denn es ist fraglich, ob in allen Sprengstoff-Fabriken die Vorschrift befolgt wird, während eines Gewitters die Arbeit einzustellen. Vor genau 10 Jahren — am 1. Juni 1900 — entstand in dieser Fabrik eine Explosion, deren Ursachen heute noch unauflösbar sind, weil die Zeugen, neun Arbeiter, ihren Tod fanden. Die Explosion entstand damals im Pulvertrockenraum. Da dabei Verunglückten konnten nur in Momenten geborgen werden, so ein Zusammenstoß der Körper war gar nicht zu denken. Der verlorborene Amtmann Opperbed ließ bei der Frauengemeinnahme noch einen Arm mit einem daran hängenden Rippensack aus den Resten eines Schauffersbaums, der 50 Meter davon entfernt ist, herunterholen, so sorgfältig hatten die Unternehmer für Vergeltung der Leichenteile gesorgt. Ein Sturm der Entrüstung ging damals durch die mackeligen und westfälischen Gauen: „Fort mit der Wöhlhaus'schen Pulverfabrik aus der Nähe der Berkschwäge“, hieß es. Damals petitionierten die nächsten Müller, das Eisen- und Stahlhandwerk Ruhr- u. Sohn an Regierung und Parlament, aber ohne Erfolg. Im Gegenteil, mit der größten Sorglosigkeit und Unfähigkeit behandelte

